

Für leistbaren Wohnraum statt Anleger-Leerstand!

Das von der Bundesregierung beschlossene „Bau-paket“ wird vor allem der Bauindustrie nützen. Leistbaren Wohnraum wird es nur bedingt schaffen können.

Das im März im Nationalrat beschlossene Baupaket lässt einen wesentlichen Punkt außer Acht: In den vergangenen Jahren wurde viel gebaut. „Was da errichtet wurde, wird aber nicht genutzt“, kritisiert KPÖ-Gemeinderätin **Daniela Gamsjäger-Katzensteiner**. Ein wesentlicher Grund dafür sind die Steuervergünstigungen für den Kauf von so genannten Anlegerwohnungen. „Damit wird quasi Leerstand gefördert“, so die Kommunistin. Denn gerade in Zeiten, in denen Geldanlagen Negativzinsen brachten, wurden Immobilien weniger zur Vermietung, sondern vielfach allein als sichere Geldanlage gekauft. „Darum wurden auch so übermäßig viele Klein- und Kleinstwohnungen gebaut, die nicht dem Bedarf an Wohnraum für Familien entsprechen“, erklärt KPÖ-Klubobfrau **Christine Braunersreuther**: „In Zeiten der Teuerung sollte alles unternommen werden, um leistbaren Wohnraum zu schaffen – und nicht Anreize für noch mehr Leerstand.“

Um die Bundesregierung zur Beseitigung dieses Missstands aufzufordern, brachte Gamsjäger-Katzensteiner deshalb im



Beim Bauen und Wohnen zeigt sich deutlich, dass der freie Markt nicht das Wohl der Menschen zum Ziel hat, sondern die Profitinteressen der Investoren. Die KPÖ macht sich dafür stark, dass qualitativvoll gebaut wird und die Mieten leistbar sind.

SYMBOLBILD: TOLU OLUBODE, UNSPLASH

Gemeinderat einen dringlichen Antrag ein. Er wurde mit den Stimmen von KPÖ, Grünen und SPÖ angenommen. ÖVP, NEOS, KFG, FPÖ und Mario Eustacchio machten der Betonlobby die Mauer und stimmten gegen den Antrag.

Graz für qualitativvolles Bauen

Auch wenn die Möglichkeiten der Stadt begrenzt sind, hat die Koalition aus KPÖ, Grünen und SPÖ einiges auf den Weg gebracht. „Wir haben einen verpflichtenden Grünraumfaktor bei künftigen Bauvorhaben erlassen und die Baumschutzverordnung entscheidend ver-

bessert“, erklärt Braunersreuther. Für weitergehende Verbesserungen bräuchte es Änderungen im steiermärkischen Baugesetz. Und obwohl es schon mehrere – sogar einstimmig gefasste – Beschlüsse des Grazer Gemeinderats gegeben hat, mauert die Landesregierung weiter.

Graz für leistbares Wohnen

Weil der freie Markt beim Bauen und Wohnen nicht die Bedürfnisse der Menschen zum Ziel hat, sondern die Profite der Investoren, ist es so wichtig, dass die öffentliche Hand eingreift. In Graz wur-

de in den letzten zweieinhalb Jahren schon einiges erreicht: „Wir haben etwa 300 neue Gemeindewohnungen errichtet. In der zweiten Halbzeit der Stadtregierung werden weitere folgen“, betont Bürgermeisterin **Elke Kahr**. Bei bereits vorhandenen städtischen Wohnungen wurden thermische Sanierungen vorgenommen und so die Wohnqualität verbessert.

Während die Mieten am freien Markt in den letzten Jahren regelrecht explodiert sind, „haben wir sie in den städtischen Gemeindewohnungen gedeckelt – auf insgesamt maximal sechs Prozent in drei Jahren“, so Kahr.



FOTO:EGOR MYZNIK/UNSPASH

Die Grazer Straßenmusikverordnung wird verbessert.

Straßenmusik ist aus der Grazer Innenstadt nicht weg zu denken. Um ein besseres Miteinander unter den Musiker:innen aber auch mit den Anrainer:innen zu gewährleisten, wurde die Straßenmusikverordnung von 2012 geändert.

Verlängert wurde etwa die Spielzeit von 30 auf 45 Minuten, dafür müssen aber auch Ruhezeiten von 45 Minuten an den jeweiligen Standorten

eingehalten werden. Weiters dürfen Musiker:innen denselben Spielort nicht mehr als viermal am Tag bzw. nicht direkt hintereinander bespielen. „Damit soll eine bessere Durchmischung des Straßenmusikangebots gefördert werden.

Mit den fixen Beginn- und Spielzeiten kann nun auch besser kontrolliert werden, ob sich alle an die Regeln halten“, sagt KPÖ-Gemeinderätin **Miriam Herlicska**.



Tierschutzangebot bekannter machen

Obwohl es in Österreich eine Verpflichtung zur Kastration von Freigängerkatzen gibt, wird das leider von vielen Tierhalter:innen missachtet, was zu massivem Tierleid führt. Unerwünschte Babykatzen werden oftmals getötet oder ausgesetzt.

Tierschutzorganisationen und Tierheime schildern eindrücklich „in welch erbärmlichem Zustand“ kleine Katzen bei ihnen abgegeben werden. Es gibt viele Tierliebhaber:innen, die streunende Katzen füttern oder sich den aufgefundenen Babykatzen annehmen. Oftmals fehlen aber die Mittel, die Tiere auf eigene Kosten zu kastrieren. Das Land Steiermark stellt den Gemeinden Kastrationsgutscheine zur Verfügung, um die „Flut“ an Babykatzen einzudämmen. „Leider kann man zu diesen

Gutscheinen keine Information auf der betreffenden Seite der Stadt Graz finden. Nur bei Anruf im Veterinäramt erfährt man, dass auch die Stadt Graz Kastrationsgutscheine vergibt, weshalb viele Menschen gar nicht über das Angebot Bescheid wissen“, kritisiert

KPÖ-Tierschutzsprecherin **Daniela Gamsjäger-Katzensteiner**.

Tierschutz-Stadträtin **Claudia Schönbacher** (KFG) hat auf Nachfrage zugesichert, entsprechende Informationen auf graz.at zu veröffentlichen. „Das ist ein erster Schritt. Dennoch wäre es wünschenswert, wenn es zum Thema eine breiter angelegte Infokampagne gäbe, weil das Thema und die damit einhergehenden Probleme bei vielen Menschen noch nicht durchgedrungen sind“, sagt Gamsjäger-Katzensteiner.



Halbzeitbilanz der Grazer Koalition

»In kurzer Zeit

Seit zweieinhalb Jahren wird Graz von der Koalition aus KPÖ, Grünen und SPÖ regiert. Ein 247 Punkte umfassendes Arbeitsprogramm, das die Grundlage für die Koalition bildet, wurde schon zu mehr als zwei Dritteln umgesetzt.

Am 17. November 2021 wurde der neue Grazer Gemeinderat und die neue Stadtregierung mit Bürgermeisterin **Elke Kahr** an der Spitze angelobt.

„In meiner Antrittsrede habe ich gesagt, dass es mein Ziel ist, Graz mit all seinen Menschen, Jung und Alt, hier geboren oder zugezogen, in seiner Vielfalt freundlicher, sozialer, ökologischer und demokratischer zu machen. In dieser Koalition haben wir in kurzer Zeit vieles umgesetzt, um diesem Ziel näher zu kommen und dabei statt auf Events und Spektakel auf bleibende Verbesserungen gesetzt, von denen auch nachkommende Generationen profitieren können“, sagt Elke Kahr.

Wichtige Projekte für die zweite Halbzeit sind der Beginn des Neubaus der Küche Graz, weitere Grundstücksvorsorge für den Bau weiterer Gemeindefürsorgeeinrichtungen und energieeffiziente Sanierungen, Soziallots:innen beim Sozialamt, eine dauerhafte Einrichtung am Bahnhof für Menschen in prekären Verhältnissen, weitere Übergangswohnungen und ein neues Objekt für die Winternachtschlafstelle sowie Angebote gegen Alterseinsamkeit.

Finanzstadtrat **Manfred Eber** sagt: „Besonders erfreulich ist, dass es uns gelungen ist, die Stadtfinanzen zu stabilisieren und die Schuldenentwicklung einzubremsen. Zusätzlich konnten knapp 100.000



Schon zwei Drittel des Arbeitsprogramms der Koalition (v.l.n.r.) ziehen Bilanz.

Quadratmeter an Flächen für den öffentlichen Verkehr, die Naherholung und den sozialen Wohnbau gesichert werden.“ Für die zweite Regierungshalbzeit stehen große Projekte wie die Klärschlammverwertung Gössendorf, die Umsetzung des Photovoltaik Masterplans sowie das Vorbereiten der Marktunabhängigkeit durch eigene Energieerzeugung am Programm.

Gesundheit und Pflege sind wichtige Schwerpunkte der Arbeit von Stadtrat **Robert Krotzer**: „Seit 2021 sind wichtige Schritte vorwärts gelungen: der Aufbau der Gesundheitsdrehscheibe, das Pilotprojekt zur Anstellung pflegender Angehöriger, der Pflege-Orientierungsmonat für Berufseinsteiger:innen oder die Gehaltsverbesserungen für Beschäftigte der GGZ. Diese Projekte machen hoffentlich Schule – in der Steiermark und in ganz Österreich.“

vieles weitergebracht«



...ms wurde umgesetzt: Manfred Eber, Judith Schwentner, Elke Kahr, Daniela Schlüsselberger und Robert

FOTO: STADT GRAZ/FOTO FISCHER

WAS BEREITS UMGESETZT WURDE (AUSZUG)

BÜRGERMEISTERIN ELKE KAHR

- Kürzung der Klubfördermittel für Parteien, weniger Dienstwägen
- Ausweitung der SozialCard auf Berufstätige mit geringen Gehältern; Kostenlose Energieberatung
- SozialCard Mobilität (Jahreskarte Graz) weiterhin um 50 Euro
- Niederschwellige Erstberatungsstelle und Wohnberatung/-begleitung
- Ausbau der Stadtteil- und Nachbarschaftszentren

STADTRAT MANFRED EBER

- Stadtfinanzen stabilisiert und Schuldenentwicklung entscheidend gebremst
- Baubeginn der Feuerwehrrache Ost; Anschaffung von je drei neuen Lösch-, Drehleiter- und Logistikfahrzeugen für die Feuerwehr
- Neues Gehaltsschema für Sozialarbeiter:innen und städtisches Kinderbetreuungspersonal; Teuerungsprämie; bessere Bezahlung für Reinigungskräfte
- Ausweitung der Jahreskarte Graz zum Klimaticket Steiermark
- Grünflächenfaktor und Baubonus verbessern Versiegelungsgrad bei Bauprojekten

STADTRAT ROBERT KROTZER

- Pionierprojekt Gesundheitsdrehzscheibe in der Annenstraße
- Personalpaket für Pflegeheime, Mentoring für neue Kolleg:innen, Ausweitung der Treue-Prämie, Übernahme des KAGes-Pakets durch Gehaltsanpassungen
- Pilotprojekt Anstellung pflegender Angehöriger zur sozialrechtlichen Absicherung; Orientierungskurs „Pflege ist mehr“ und Vorbereitungskurse Migrants care (ÖRK) zur Entschärfung der Pflegekrise
- Neues Integrationsleitbild für die Stadt Graz

KOMMENTAR



Der Volksgarten soll für alle erlebbarer werden

Mit rund 4,6 Hektar Fläche ist der Volksgarten ein grüner Ruhepol im Grazer Bezirk Lend. In den letzten Jahren gab es aber einige negative Entwicklungen. Viele davon fallen in die Zuständigkeit der Polizei, doch auch als Stadt möchten wir Möglichkeiten ausschöpfen, um einen Besuch der Parkanlage für alle angstfrei nutzbar zu machen.

Es gibt viele Verbesserungen, die wir umsetzen möchten. Berücksichtigt werden sollen Angebote für Erwachsene und Jugendliche, Beleuchtung, Möblierung und der Spielplatz. Die Sanierung der öffentlichen Toiletten wird noch heuer angegangen. Ab 1. Juni speziell für diese Aufgabe geschulte Vertreter der Ordnungswache von Montag bis Samstag immer von 14 bis 21 Uhr präsent sein. Sie sollen Ansprechpartner für die Bevölkerung sein und das Sicherheitsempfinden im Park steigern.

Weitere Maßnahmen, unter anderem bauliche, werden in Absprache mit dem Büro von Vizebürgermeisterin Judith Schwentner getroffen und dann präsentiert. Insgesamt sollen all diese Maßnahmen dazu beitragen, dass der Volksgarten für alle erlebbarer wird.

Ihre Bürgermeisterin Elke Kahr

SO ERREICHEN SIE ELKE KAHR:

Rathaus, 2. Stock

Tel.: 0316 872-2000

Mail: buergermeisterin.kahr@stadt.graz.at



Wohnen statt Kanonen!

Bei der EU-Wahl am 9. Juni setzt die KPÖ auf Soziales und Neutralität. Die Kommunist:innen wollen ein Gegengewicht zu den Privilegienrittern in Brüssel bilden. Vier Fragen an Spitzenkandidat **Günther Hopfgartner**.

1 Auch auf EU-Ebene will sich die KPÖ für leistbares Wohnen stark machen. Wie geht das?

Günther Hopfgartner: Beim leistbaren Wohnen wird es auch zu Konflikten mit der EU kommen. Momentan unterliegt Wohnen dem Wettbewerbsrecht. Das macht Eingriffe in die Mieten schwierig. Solange das Recht auf Wohnen nur in der EU-Sozialcharta steht, aber nicht einklagbar ist, sind Mieterinnen und Mieter dem Profitinteresse der Vermieter ausgeliefert.



„Gerade in Brüssel zeigt sich: abgehobene Gehälter führen zu abgehobener Politik. Die KPÖ ist die einzige Partei, die Politgehälter kürzt“, sagt Spitzenkandidat Günther Hopfgartner. FOTO: KPÖ

2 Momentan wird viel über europäische Rüstungspolitik gesprochen. Wie steht die KPÖ dazu?

Hopfgartner: Die Gefahr eines Krieges steigt mit der Rüstungsspirale an. Österreichs Regierung macht bei der gemeinsamen EU-Außenpolitik

mit und höhlt damit die Neutralität aus. Wir müssen mit dieser Kriegslogik brechen.

3 Brüssel ist weit weg von den Menschen. Wie sehen Sie das?

Hopfgartner: In Brüssel tummeln sich viele Lobbyisten

und Privilegienritter. Über die EU werden Verordnungen durchgewunken, für die es hier kaum Mehrheiten gäbe. Die EU-Abgeordneten von ÖVP, SPÖ, FPÖ, Grünen und NEOS machen dabei aber tüchtig mit und kassieren dafür monatlich über 9.000 Euro + Spesen + Reisekosten + Sitzungsgelder ab.

4 Auf lokaler Ebene gilt für die KPÖ eine Gehaltsobergrenze. Wäre das auch in Brüssel so?

Hopfgartner: Natürlich! Wir freuen uns, wenn wir Menschen helfen können. Aber wer deutlich mehr als der Durchschnitt verdient, hat auch die Probleme nicht mehr, die für die meisten Menschen Normalität sind. Das gilt auch für die EU-Ebene und somit für mögliche EU-Mandatare der KPÖ.

Rückerberstattung von Müll- und Kanalgebühren

Im August erhalten Grazer Haushalte automatisch eine Gutschrift auf ihre Müll- und Kanalgebühren. Sie werden in diesem Jahr um 4,8 Millionen Euro bei den Müll- und Kanalgebühren entlastet. Die Mittel dafür stammen aus dem Gebührenausschleich des Bundes.

„Es war wichtig, dass die Bundesregierung erkannt hat, dass die finanziell stark unter Druck stehenden Gemeinden eine Gebührenbremse nicht alleine stemmen können“, erklärt Finanzstadtrat **Manfred Eber** (KPÖ). So beträgt der tatsächliche Anstieg der Kanal- und Müllgebühren in Graz im heurigen Jahr nur zwei Prozent.

Die Koalition aus KPÖ, Grünen und SPÖ hatte im Jahr 2022 die automatische Gebührenerhöhung bei Kanal und Müll, die

unter dem früheren ÖVP-Bürgermeister **Siegfried Nagl** eingeführt wurde, komplett ausgesetzt. Aufgrund der von der Vorgängerregierung übernommenen Schuldenlast und dem Druck der Gemeindeaufsicht musste 2023 jedoch – wie in anderen Gemeinden – die volle Inflation weitergegeben werden. „Die geerbten Schulden machen es schwer, aber wir versuchen so gut es geht gegenzusteuern“, so Eber.

Während in den meisten von ÖVP oder SPÖ regierten Städten und Gemeinden die Gebühren mit der Inflation in den letzten drei Jahren in Summe um bis zu 20 Prozent angehoben wurden, ist es in diesem Zeitraum in Graz gelungen, den Anstieg bei den Gebühren unter 13 Prozent zu halten. Das sind 40 Prozent weniger als möglich.

ENERGIE WENDE / KRISE

MÖGLICHKEITEN
PROBLEME
KOSTEN

Mittwoch, 12. Juni
19 Uhr ★ Volkshaus

KPÖ-Bildungszentrum
Lagergasse 98a, Graz

ES DISKUTIEREN:

DI Christian Purrer

Vorstandssprecher Energie Steiermark

Dr. DI Werner Prutsch

Leiter Umweltamt Stadt Graz

DI Andreas Kinsky

ÖVP-Landtagsabgeordneter

Dr. Werner Murgg

KPÖ-Landtagsabgeordneter

Lambert Schönleitner

Grüner Landtagsabgeordneter

Moderation:

Miriam Herlicska

Energiesprecherin der KPÖ Graz

